



Berlin aktuell

30. Januar 2009



Monika Brüning, MdB

Die politische Lage in Deutschland

Krise als Chance begreifen

Die CDU setzt sich als Partei im Wesentlichen aus einem wirtschaftsnahen Flügel und einem, der aus der katholischen Soziallehre entstand, zusammen. Wirtschaftlicher Sachverstand und soziale Verantwortung sind deshalb für uns keine Gegensätze, sie sind vielmehr zwei Seiten einer Medaille. Wir wissen, dass unser Land immer dann am erfolgreichsten war, wenn beide Seiten vernünftig ausbalanciert waren. Die dieser Spannweite unserer Partei zugrundeliegenden Werte sind eine hervorragende Grundlage, um die vor uns liegenden, durch die Wirtschaftskrise ausgelösten Herausforderungen meistern zu können. Allerdings wird sich unser politisches Handeln und noch stärker dessen öffentliche Begründung wieder mehr an diesen Werten orientieren müssen.

Das wird der CDU auch von Kritikern – gelegentlich auch parteiintern - des Öfteren vorgeworfen. Solche Stimmen waren auch bei den Diskussionen um die beiden Maßnahmenpakete zur Stärkung der Konjunktur zu hören. Wer aber aus diesen beiden Maßnahmen eine Nähe zu irgendeiner Form sozialistischer Idee oder zu staatlichem Zentralismus ablesen will, dem ist nicht mehr zu helfen. Einigen Beiträgen dieser Stoßrichtung kann man nur entgegenhalten: Thema verfehlt, setzen, sechs! Denn sie werden der aktuellen Lage keineswegs gerecht. In Krisensituationen *muss* sich der Staat als Gewährleister des Marktes betätigen. Das Maßnahmenpaket vom vorigen November, das Bankenpaket, war doch nicht Ergebnis von Staatsgläubigkeit! Wir wissen doch ganz genau, dass der Staat nicht der bessere Banker ist. Das zeigen allein die Beispiele der Landesbanken. Es war vielmehr der Einsatz staatlicher Mittel zum Erhalt der Funktionsfähigkeit des Marktes, weil sich dieser nicht mehr selbst erhalten konnte. Das *mussten* wir tun. Es ist schließlich die Uraufgabe des Staates, optimale Bedingungen für den Markt zu schaffen. Es ist aber nie Aufgabe des Staates, selbst Marktteilnehmer zu werden. Das stand

auch für uns nie zur Debatte! Wer die getroffenen Maßnahmen kritisiert, muss dann aber auch darlegen, ob er anderenfalls auch den teilweisen Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit in Kauf nehmen würde. Oder aufzeigen, was die Alternativen wären. Die gibt es nämlich nicht! Die Krise, deren weiterer Verlauf ja von niemandem wirklich vorherzusehen ist, verlangt von uns allen ein besonderes Verhalten und nicht das Abarbeiten von Parteiprogrammen. Wir müssen die Krisenbewältigung trennen von Lehren, die sich aus der Krisenbewältigung ergeben. Das bedeutet nichts anderes, als dass besondere Zeiten besondere Maßnahmen erfordern.

Wenn die Zeiten wieder normaler, stabiler geworden sind, werden auch die ordnungspolitischen Grundüberzeugungen der Union – das wird sich bereits in unserem Wahlprogramm zeigen – wieder deutlicher. Wir setzen nicht so sehr auf den Staat, sondern auf die Eigenverantwortung der Bürger. Wir wissen schon, dass der Markt vieles sehr viel besser regeln kann als der Staat. Aber wir wissen auch – und das nicht erst seit der Finanzmarktkrise – dass der Markt einen starken Rahmen braucht. Wir wissen auch, dass das Thema Entlastung von Steuern und Beiträgen eine ganz wichtige Rolle spielt. Dazu kann eine konservative, sparsame Haushaltspolitik ihren wesentlichen Beitrag leisten. Ausgabensenkungen können Steuersenkungen ganz wesentlich finanzieren. Das ist und bleibt unser Grundprinzip und macht deutlich, dass die Union sich wesentlich von denjenigen unterscheidet, die immer nur an Steuererhöhungen und Umverteilung denken. Die SPD würde das Maß an Staatsintervention, das wir derzeit haben, als Dauerzustand begrüßen, während wir es allein durch die derzeitige Situation als berechtigt ansehen. Und die FDP hat noch immer kein der Krise angemessenes Verhältnis zur Ordnungsbedürftigkeit des Marktes.

Unser Ansatz besteht dagegen in einem Politikmix. Wir sind davon überzeugt, dass zur Krisenbewältigung nicht Beliebigkeit, wohl aber Pragmatismus gehört - und daneben Identitätswahrung. Zur Identität der Union gehört, dass wir an den Maastrichter Stabilitätskriterien festhalten und uns deshalb an drei Prozent maximalem Haushaltsdefizit orientieren. Beim Thema Steuersenkung haben wir uns für ein Volumen entschieden, das einerseits den Bürger entlastet, aber andererseits die Stabilität der Haushalte nicht gefährdet. Wir haben dazu einen Tilgungsplan in das Investitionsprogramm eingebaut. Der wird gespeist aus dem Bundesbankgewinn. Dass das geht, hat sich am Erblastentilgungsfonds im Zuge der deutschen Einheit gezeigt. Wir werden wahrscheinlich schon in diesem Jahr erhebliche Tilgungsleistungen aus dem Bundesbankgewinn erhalten.

Darüber hinaus wollen wir jetzt für zukünftige Krisen im Grundgesetz eine Schuldenbremse verankern, die nicht leicht ausgehebelt werden kann. Im Kern geht es darum, in guten Zeiten Geld für schlechte Zeiten zurückzulegen. Das haben wir bisher alle zusammen nicht geschafft. Aber wenn die Verfassung uns das vorschreibt, kann dem nicht mehr ausgewichen werden. Wir brauchen dafür eine verfassungsmäßige Mehrheit, zwei Drittel in Bundestag und Bundesrat. Dazu ergibt sich jetzt, in der Krise, eine einmalige Chance. Vor drei oder vier Wochen hätte jeder die Schuldenbremse für nicht durchsetzbar gehalten. Sie ist für uns aber ein unverzichtbares Kriterium des Investitionsprogramms. Das sind wir den kommenden Generationen schuldig. Das Handeln zu Lasten unserer Kinder und Kindeskiner kann für uns - auch in schwieriger finanzieller Lage – kein Ausweg mehr sein. Auch das gehört zur Identität der CDU.

Gerade in der Wirtschaftskrise werden wir deshalb wieder viel stärker als Partei der sozialen Marktwirtschaft positiv wahrgenommen. Auch weil wir öffentliche Interessen vor Egoismus und Einzelinteressen setzen, wo andere Parteien nur ihre Vorteile suchen. Die CDU ist die Hüterin des Allgemeinwohls.

„Die Woche im Parlament“

In 2. und 3. Lesung behandelten wir das **Zivilschutzgesetzänderungsge-
setz**, mit dem sichergestellt wird, dass den Ländern die Mittel, die der Bund für den Zivilschutz vorhält, auch bei Naturkatastrophen und anderen besonders schweren Unglücksfällen, z. B. terroristischen Anschlägen, zur Verfügung stehen. Das Gesetz eröffnet zudem die Möglichkeit zentraler Koordinierungsmaßnahmen durch den Bund auf Ersuchen und im Einvernehmen mit den betroffenen Ländern. Das operative Krisenmanagement verbleibt in jedem Fall bei den Ländern. Es wird hier kein operatives Weisungsrecht des Bundes gegenüber Landesbehörden geben. Die verfassungsmäßige Zuständigkeitszuweisung bleibt unverändert.

In 2. und 3. Lesung debattierten wir das **Zehnte Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes**, mit dem der personelle Sabotageschutz in diesem Bereich an die veränderte Beurteilung der Sicherheitslage angepasst wird. Zudem regelt der Gesetzentwurf die Anwendung der atomrechtlichen Vorschriften für Anlagen des Bundes zur Endlagerung radioaktiver Abfälle und legt als Konsequenz aus dem Statusbericht des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz zur

Schachanlage Asse den Übergang der Betreiberfunktion vom Helmholtz Zentrum München auf das Bundesamt für Strahlenschutz fest.

In 1. Lesung debattierten wir das **Ge-
setz zur Regelung der Verständigung im Strafverfahren**. In der strafverfahrensrechtlichen Praxis finden seit längerer Zeit – insbesondere in Verfahren mit komplexen Sachverhalten – Verständigungen zwischen den Verfahrensbeteiligten über den Verfahrensablauf und auch das Ergebnis eines Strafverfahrens statt, ohne dass dieses bisher gesetzlich geregelt wäre. Der Große Senat des Bundesgerichtshofes (BGH) hat diese Praxis zuletzt in seinem Beschluss vom 03.03.2005 bestätigt. Gleichzeitig hat das BGH aber darauf hingewiesen, dass die Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung erreicht seien und eine gesetzliche Regelung angemahnt. Mit dem Gesetzentwurf werden die in der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze und die Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren berücksichtigt.

In 1. Lesung haben wir über das **Dritte
Gesetz zur Änderung des Umsatz-
steuergesetzes** beraten. Durch das Gesetz werden alle Unternehmen, die bestimmte Post-

Universaldienstleistungen insgesamt und zu einem erschwinglichen Preis anbieten, von der Umsatzsteuer befreit. Damit wird die bisher geltende Umsatzsteuerbefreiung der Deutschen Post AG für unmittelbar dem Postwesen dienende Umsätze den veränderten Bedingungen des liberalisierten Postmarktes angepasst.

In 1. Lesung debattierten wir das **Gesetz zur Anpassung eisenbahnrechtlicher Vorschriften an die Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr**. Ziel des Gesetzesentwurfs ist die Verbesserung der Fahrgastrechte bei der Deutschen Bahn. Insbesondere wird die Bahn zu Entschädigungsleistungen bei erheblichen Verspätungen und zur besseren Information der Fahrgäste über Zugverbindungen, Verspätungen und Fahrgastrechte verpflichtet. Die Rechte von behinderten und in ihrer Mobilität eingeschränkten Personen werden gestärkt.

In 1. Lesung behandelten wir das **Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland**. Mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket wollen wir die Bürger entlasten und dadurch die Kaufkraft erhöhen.

Mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und der Förderung von Qualifikation bekämpfen wir die Arbeitslosigkeit und stellen sicher, dass den Unternehmen in Deutschland auch nach der Krise gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen. Umfangreiche staatliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur stärken den Standort Deutschland und sorgen dafür, dass wir gestärkt aus der Krise hervorgehen werden.

In 1. Lesung beraten wir das **Nachtragshaushaltsgesetz 2009**. Mit dem Nachtragshaushalt passen wir den Bundeshaushalt 2009 an die durch die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise veränderten Rahmenbedingungen an.

Aus Anlass der 10jährigen Ratifizierung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen legten CDU/CSU und SPD zum Schutz und zur Förderung der traditionell auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gesprochenen Regional- und Minderheitensprachen den Antrag **Zehn Jahre anerkannte Regional- und Minderheitensprachen in Deutschland, Schutz – Förderung – Perspektiven** vor.

Daten und Fakten

Stabile Preise erwartet

Experten rechnen damit, dass die Inflation im laufenden Jahr bei knapp einem Prozent liegen wird. Damit würde die Kaufkraft im Wesentlichen konstant bleiben. Bereits im November 2008 war die Inflationsrate deutlich gesunken. In der ersten Jahreshälfte 2008 hatte die Inflation dagegen bei 3,3 Prozent gelegen. Ausschlaggebend für die hohen Preissteigerungen waren vor allem die steigenden Preise für Energie und Rohstoffe. Mit Eintrübung der weltweiten Konjunktur sind jedoch auch die Verbraucherpreise wieder gesunken. Ähnlich wie in Deutschland sieht die erwartete Entwicklung auch für die anderen Industrienationen aus. Lediglich Belgien muss mit einer Inflationsrate von mehr als 2 Prozent in diesem Jahr rechnen.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Standort Ostdeutschland bleibt attraktiv

Trotz der Krise beurteilen ostdeutsche Unternehmen mit ausländischen oder westdeutschen Investoren die Aussichten für das laufende Jahr überwiegend positiv. 36 Prozent von ihnen erwarten für 2009 keine Veränderung der Investitionen, 33 Prozent rechnen mit einer Zunahme und nur 23 Prozent gehen von einem Rückgang aus. 95 Prozent der Unternehmen rechnen nicht mit einem Einbruch der Exporte. Auch hinsichtlich der Beschäftigungslage zeigten sie sich zuversichtlich: Lediglich 13 Prozent der Firmen erwarten Entlassungen am ostdeutschen Standort.

(Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung Halle)

Erwerbstätigkeit Älterer hat deutlich zugenommen

In den letzten zehn Jahren ist die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen deutlich gestiegen: Waren im Jahr 1997 nur 37,7 Prozent dieser Altersgruppe erwerbstätig, so sind es heute bereits 51,5 Prozent. In keiner anderen Altersgruppe hat die Erwerbstätigkeit so deutlich zugenommen. Damit liegt Deutschland deutlich über dem Durchschnitt der EU-Länder von 44 Prozent und erfüllt bereits heute die im Lissabon-Prozess für das Jahr 2010 vereinbarte Zielquote von 50 Prozent. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung ist neben dem höheren Bildungsniveau vor allem die demographische Entwicklung: Die Anzahl der 60- bis 64-Jährigen geht seit etwa fünf Jahren zurück. Gleichzeitig steigt der Anteil der 55- bis 59-Jährigen als Folge der geburtenstärkeren Jahrgänge an. Für 55-Jährige betrug die Erwerbstätigenquote im

Jahr 2007 noch 73,2 Prozent, für die Gruppe der 60-Jährigen lag sie mit 47,1 Prozent deutlich darunter. Daneben hat die Erwerbstätigkeit Älterer auch unabhängig von demographischen Effekten zugenommen, was unter anderem auf veränderte Rahmenbedingungen wie geringere Frühverrentungsmöglichkeiten zurückzuführen ist.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Für Rückfragen und Anregungen können Sie mich wie folgt erreichen:

Monika Brüning, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 710 24

Fax: 030 – 227 760 77

Mail: monika.bruening@bundestag.de